



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

09.5370.02

PD/ P095370
Basel, 27. Januar 2010

Regierungsratsbeschluss
vom 26. Januar 2010

Interpellation Nr. 102 Martina Bernasconi betreffend Musikantenstadl (Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 13. Januar 2010)

Text der Interpellation:

Erste Frage im kürzlich erschienenen Legislaturplan 2009-2013 lautet: Wie kann sich Basel-Stadt im Standortwettbewerb behaupten? Zwei der vier Leitsätze lauten "Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken" und "Basel als urbanes Zentrum festigen". Der Musikantenstadl wäre eine für Basel einzigartige Gratiswerbeplattform gewesen. Nicht nur aus dieser Sicht ist es unverständlich, weshalb der Regierungsrat nichts gegen den Abzug des Musikantenstadels unternahm. Ich bitte die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was sind die Gründe für den Abzug des Musikantenstadels?
2. Weshalb wurde nichts dagegen unternommen?
3. War der Abzugsgrund tatsächlich eine Rechnung von ca. CHF 8'000 (Parkplatzgebühren)? Falls ja: Weshalb unternahm man konkret nichts dagegen?
4. Wie lange ist die Regierung noch gewillt zuzuschauen, wie Partikularinteressen diverser Abteilungen in den verschiedenen Departementen dazu führen, dass weitere grosse Events abwandern oder erst gar nicht nach Basel kommen?
5. Weshalb ist es nicht möglich, dass die Eventkoordination aus einer Hand – sprich Präsidialdepartement, erfolgt?

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

- 1. Was sind die Gründe für den Abzug des Musikantenstadls?**
- 2. Weshalb wurde nichts dagegen unternommen?**

Eurovisions-Sendungen wie beispielsweise das "Musikantenstadl" finden regelmässig an unterschiedlichen Austragungsorten statt. So rotieren diese TV-Sendungen nicht nur zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz, sondern gleichzeitig auch innerhalb dieser Länder. Daher gibt es keinen Veranstaltungsort, der diese Sendungen auf Jahre hin auf sicher hat. Nach über sechsjähriger Abwesenheit haben sich die Verantwortlichen des "Musikan-

tenstadls" im Jahre 2006 entschieden, die Schweizer Gastspiele vorerst für zwei Jahre (2007 und 2008) in Basel zu produzieren.

Die Verantwortlichen des "Musikantenstadls" haben seinerzeit offen ausgedrückt, dass sie – trotz grosser Zufriedenheit über die Zusammenarbeit mit der St. Jakobshalle – enttäuscht waren über die Unterstützung seitens der „Stadt Basel“. So wurde mehrfach erwähnt, ob „Basel“ nicht auch der Ansicht sei, dass alleine der dreiminütige Werbespot über den Austragungsort Basel mehr Unterstützung wert wäre. Andere Städte würden deutlich mehr „investieren“, um solche Zeitfenster in einer Eurovisionssendung zu erhalten.

Anlässlich des "Musikantenstadls" 2008 in der St. Jakobshalle weilte eine grosse und hochkarätige Delegation aus Davos in Basel. Davos wollte den "Stadl" unbedingt und liess dies die Verantwortlichen spüren. Entsprechend haben sich die Verantwortlichen des "Musikantenstadls" entschieden, dass das nächste Schweizer Gastspiel des "Musikantenstadls" 2010 in Davos ausgetragen wird. Der Wettbewerb um TV-Sendungen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. So offeriert Davos den Verantwortlichen des "Musikantenstadls" unter anderem die ganze Halleninfrastruktur kostenlos. Es entspricht bisher nicht der Praxis des Kantons, die St. Jakobshalle kostenlos zur Verfügung zu stellen.

3. War der Abzugsgrund tatsächlich eine Rechnung von ca. CHF 8'000 (Parkplatzgebühren)? Falls ja: Weshalb unternahm man konkret nichts dagegen?

Nein. Im Vorfeld der Sendung wurde von Seiten der damaligen Abteilung Standortmarketing (ehemals WSD) eine entsprechende Bedürfnisabklärung durchgeführt. Diese Abklärungen haben ergeben, dass die Veranstalter einen Gebühren- und Kostenerlass, eine Kostenbeteiligung für den Begrüssungsempfanges (Apéro riche) sowie die Betreuung des Kamerateams vor Ort wünschen.

Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben den Verantwortlichen des "Musikantenstadls" einen Kosten- und Gebührenerlass in der Höhe von 100% gewährt. Von Seiten des Kantons Basel-Stadt wurde jedoch darauf hingewiesen, dass Dienstleistungen von Seiten der St. Jakobshalle, der BVB, der IWB sowie der Parkhäuser Basel-Stadt von diesem Erlass nicht betroffen sind. Diese Gebühren- und Kostenerlassregelung entspricht den vom Regierungsrat beschlossenen Kriterien, welche seit 1. Januar 2007 zur Anwendung kommen. Die Verantwortlichen des "Musikantenstadls" wurden bereits im Voraus über die Höhe der anfallenden Mietkosten in Kenntnis gesetzt und haben den Mietvertrag mit den Parkhäusern Basel-Stadt (Immobilien Basel-Stadt) im Januar 2008 unterzeichnet.

Neben dem gewährten Gebühren- und Kostenerlass haben sich die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft auf Wunsch des Veranstalters an den Kosten des Begrüssungsapéros mit einem Beitrag in der Höhe von je CHF 7'500.-- beteiligt. Gleichzeitig erhielt das Filmteam vor Ort die gewünschten Rahmenbedingungen und das benötigte Betreuungspersonal kostenlos gestellt.

Allerdings hatte der Veranstalter kein Verständnis für die Tatsache, dass ihm die vor der St. Jakobshalle beanspruchten Parkbuchten in Rechnung gestellt werden. Obgleich sich die St. Jakobshalle anerbieten hat, die Kosten für die Parkbuchten von der Hallenmiete abzuziehen, konnte der Veranstalter nicht nachvollziehen, dass man jenen Platz bezahlen muss, auf welchem die Wagen und Container stehen, um einen Werbespot über Basel zu produzieren.

Heute werden auch die Mietkosten für die Parkbuchten resp. Parkplätze im Parkhaus von der St. Jakobshalle in Rechnung gestellt und nicht mehr separat durch die Parkhäuser Basel-Stadt. Damit ist garantiert, dass die Grundofferte für die Miete der St. Jakobshalle auch die Kosten für eine allfällige Nutzung der Parkbuchten resp. des Parkhauses beinhaltet.

Im Nachgang zur letzten Sendung erhielt der Kanton Basel-Stadt insgesamt eine positive Rückmeldung hinsichtlich der Betreuung und Rahmenbedingungen vor Ort. Das attraktive Angebot Davos', den Veranstaltern die Halleninfrastruktur kostenlos anzubieten, hat wohl den Ausschlag gegeben, Basel als Austragungsort des diesjährigen Schweizer Gastspiels nicht zu berücksichtigen.


4. Wie lange ist die Regierung noch gewillt zuzuschauen, wie Partikularinteressen diverser Abteilungen in den verschiedenen Departementen dazu führen, dass weitere grosse Events abwandern oder erst gar nicht nach Basel kommen?

Die aktuelle Praxis folgt nicht den Partikularinteressen diverser Abteilungen, sondern dem Regierungsratsbeschluss vom 16. Januar 2007 zur „Reduktion und Erlass von Gebühren und Kosten für staatliche Dienstleistungen bei Veranstaltungen“ sowie den anderweitigen Regelung wie z.B. der Parkgaragenverordnung. Der Regierungsrat will die Wettbewerbsfähigkeit des Veranstaltungsortes Basel weiter stärken und wird daher die geltende Gebühren- und Kostenerlassregelung überprüfen.

5. Weshalb ist es nicht möglich, dass die Eventkoordination aus einer Hand – sprich Präsidialdepartement, erfolgt?

Bei der Planung, Durchführung und Bewilligung von Veranstaltungen sind zahlreiche Departemente und Verwaltungsstellen involviert. Die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing im Präsidialdepartement ist bereits heute zentrale Anlaufstelle für Grossveranstalter. Sie unterstützt Veranstalter bei der Planung und Umsetzung von Grossveranstaltungen, tätigt die verwaltungsinternen Vorabklärungen und übernimmt die Koordination der staatlichen Dienstleistungen. Bei Veranstaltungen, die in der St. Jakobshalle stattfinden, kommt zudem der Betreuung der Veranstalter vor Ort durch das Team der St. Jakobshalle eine grosse Bedeutung zu. Eine soeben durchgeführte Umfrage bei Veranstaltern und Besuchern attestiert der St. Jakobshalle eine ausserordentlich hohe Professionalität und Dienstleistungsqualität. Daneben übernimmt die Allmendverwaltung im Bau- und Verkehrsdepartement als Leitbehörde die zentrale Koordination des verwaltungsinternen Bewilligungsverfahrens. Durch die gute und enge Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen Aussenbeziehungen und Standortmarketing und der Allmendverwaltung ist bereits heute sichergestellt, dass Grossveranstalter aus einer Hand betreut werden.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin